Protokoll der Podiumsdiskussion im Rahmen der Fachtagung zum Thema Gewaltschutz in der Eingliederungshilfe am 7.11.2022

Teilnehmende:
Martina Wenzel-Jankowski (LR*in8), Dirk Lewandrowski (LR7), Thomas Wallenhorst (MAGS), Bärbel Brüning (Gf. Lebenshilfe NRW als Vertreterin der Selbsthilfe NRW).
Moderation: Tina Kraus

Dirk Lewandrowski antwortet auf die Frage der Moderatorin nach der neuen Aufgabe und Rolle des Leistungsträgers LVR beim Thema Gewaltschutz, dass, nachdem es die Diskussion in der Pflege schon länger gäbe, diese jetzt auch in der EGH angekommen sei. Es sei wichtig, genau hinzuschauen. Dem LVR lägen bereits rund 900 Gewaltschutzkonzepte von Leistungserbringern aus dem Bereich der Sozialen Teilhabe vor. Ein häufiger Mangel sei jedoch die fehlende oder unzureichende Risiko-Analyse.

Martina Wenzel-Jankowski ergänzt, auch als Träger des heilpädagogischen Verbundes habe der LVR sich schon länger mit Gewaltschutz beschäftigt. Nun habe man einen partizipativen Prozess gestartet, und eine partizipativ besetzte Arbeitsgruppe eingesetzt, um gemeinsam mit den Leistungsberechtigten Regeln und Verfahren zu entwickeln. Darüber hinaus solle es auch ein Benchmarking und ein Berichtswesen geben. Zudem sei die richtige Führungskultur wichtig – eine Kultur des Hinschauens und Ansprechens. Beratung und Unterstützung anzufordern sei Ausdruck von fachlicher Professionalität, kein Versagen.

Die Moderatorin fragt den Koordinator der Landesinitiative Gewaltschutz Nordrhein-Westfalen, Thomas Wallenhorst mit Blick auf den umfangreichen Katalog von Handlungsempfehlungen zum Gewaltschutz, den eine vom MAGS eingesetzte Expertenkommission vorgelegt hat und die den Ausgangspunkt der Arbeit der Landesinititiative bilden, nach seinen Prioritäten bei der Umsetzung. Thomas Wallenhorst erläutert, dass die Priorisierung eine gemeinsame Aufgabe der zahlreichen Kooperationspartner der Landesinitiative sei, und verweist darauf, dass allein 17 Institutionen zum Auftakt der Initiative eine Absichtserklärung unterschrieben haben; weitere Akteure kämen hinzu. Zu seinen Aufgaben zähle er, Beispiele guter Praxis des Gewaltschutzes zu sammeln und bekannt zu machen. Er lädt die Tagungsteilnehmer*innen dazu ein, der Geschäftsstelle der Landesinitiative im MAGS solche Beispiele zur Kenntnis zu bringen.

Bärbel Brüning begrüßt es, dass in der aktuellen Diskussion die schwer beeinträchtigten Menschen in den Blick genommen würden. Aber das Thema habe viele Aspekte, je nach Zielgruppe. Und Gewalt habe viele Facetten. Aus Sicht der betroffenen Menschen brauche es vor allem Vertrauens- und Ansprechpersonen, beim Arbeiten und im Wohnumfeld. Sie betont außerdem die Rolle von „Dialogforen" und anderen regionalen Veranstaltungen, wo Menschen mit Behinderung selbst zum Thema zu Wort kommen. Gewaltschutz-Regeln müssten partizipativ unter Beteiligung der Menschen mit Behinderung entwickelt werden.

Dirk Lewandrowski nennt als Beispiel für einen solchen Dialog-Ort die Werkstatträte-Workshops des LVR-Dezernats Soziales – ein Austausch in Leichter Sprache, bei dem zuletzt auch die Frauenbeauftragten der Werkstätten und ihre Vernetzung im Mittelpunkt gestanden hätten. Dies müsse erweitert werden für den Bereich der Wohnbeiräte.

Bärbel Brüning unterstützt dies mit Hinweis darauf, dass durch die Tradition der Werkstatträte die Ausgangssituation in den Werkstätten besser sei. Bei den Bewohnerbeiräten sei Vernetzung und Schulung wichtig, ebenso wie Anlaufstellen für Menschen mit ambulanter Unterstützung. Etwa bei Problemen mit dem oder der Bezugsbetreuer*in. Und auch zwischen Menschen mit Behinderung gäbe es Gewalt.

Auf die Frage der Moderatorin, ob die gesetzlichen Regelungen ausreichend seien, antwortet Martina Wenzel-Jankowski, dass es keinen Mangel an Regelungen gäbe, sondern es vielmehr um die partizipative Umsetzung gehe. Der HPH-Verbund habe beispielsweise die Methode „ethisches Fachgespräch" eingeführt. Dieses Instrument werde eingesetzt, um neue Wege und Möglichkeiten zu finden und damit die Anwendung freiheitsentziehender Maßnahmen zu reduzieren. Gemeinsam mit allen Beteiligten einschließlich der betroffenen Person werde die aktuelle Situation reflektiert und nach neuen Lösungen gesucht.

Dirk Lewandrowski erinnert daran, dass es auch in Werkstätten, und auch im Rheinland, schon Übergriffe gegeben habe. Die staatliche Aufsicht der WTG-Behörden wurde als Reaktion darauf geschaffen. Nun komme es auf eine enge Zusammenarbeit zwischen LVR bzw. EGH-Träger und WTG-Behörden an, wie in der Tagung bereits ausgeführt.

Er betonte zudem die Bedeutung der individuellen Bedarfsermittlung als Grundlage für die Gestaltung von passgenauen Unterstützungssettings gerade auch für Menschen mit herausforderndem Verhalten und nannte als Haupthindernis den Fachkräftemangel: Individuelle Unterstützungs-Settings scheiterten seiner Erfahrung nach meist nicht an den Finanzen, sondern am Personal. Im Kampf gegen den Fachkräftemangel brauche es eine konzertierte Aktion der Landesregierung. Eventuell sei auch über Absenkungen bei der Fachkraft-Quote zu sprechen.

Die Frage nach den wichtigsten Veränderungshebeln beantwortete Martina Wenzel-Jankowski mit Partizipation, Personenzentrierung und Empowerment. Denn dies verändere den Blickwinkel. Ebenso unverzichtbar sei ausreichendes und qualifiziertes Personal. Bei einer noch stärker dezentralen Wohn-Struktur mit zum Beispiel Vierer-Appartments müssten auch Peers und Freiwillige einbezogen werden. Es sei wichtig nach Wegen für die Entlastung des Fachpersonals zu suchen, ohne dass die Qualität leidet.

Der Forderung nach stärkerer Partizipation und mehr Empowerment der Menschen mit Behinderung schlossen sich alle Diskussionsteilnehmer*innen an.